

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung**  
**des Petitionsausschusses**  
**am 27. August 2025**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **Eingaben** 00933/89/19, 01034/89/19, 01041/89/19, 01042/89/19, 01091/89/19,  
01131/89/19..... 3
2. **Jährlicher Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses nach § 54 Abs. 4 GO LT für  
das Jahr 2024**  
*Fortsetzung der Beratung*..... 7  
*Beschluss*..... 8
3. **Besprechung von Verfahrensfragen**  
**Eingabe** 01162/89/19  
Betr. Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen  
*Verfahrensfragen*..... 9
4. **Parlamentarische Informationsreise vom 22. bis 26. September 2025 nach Schott-  
land**  
*Informationen zum aktuellen Planungsstand*..... 10

**Anwesend:**

## Ausschussmitglieder:

1. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Björn Meyer (i. V. d. Abg. Marten Gäde) (SPD)
3. Abg. Constantin Grosch (i. V. d. Abg. Antonia Hillberg) (SPD)
4. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
5. Abg. Julius Schneider (i. V. d. Abg. Julia Retzlaff) (SPD)
6. Abg. Annette Schütze (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU)
8. Abg. Veronika Bode (CDU)
9. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
10. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
11. Abg. Christian Frölich (CDU)
12. Abg. Michael Lühmann (i. V. d. Abg. Sina Maria Beckmann) (GRÜNE)
13. Abg. Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE)
14. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

## Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Diedrich,  
Regierungsrat Weigel.

## Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14:03 Uhr bis 14:25 Uhr, 16:18 Uhr bis 16:40 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

## Eingaben

### Eingabe 00933/89/19

*Betr. Stärkung des Ehrenamtes durch Vereinfachung der für Ehrenamtliche anzuwendenden Vorschriften*

Abg. **Annette Schütze** (SPD) schlägt im Einvernehmen mit Berichterstatterin Abg. Hillberg vor, den Beschlussvorschlag „Sach- und Rechtslage“ um „Material“ zu ergänzen.

Berichterstatterin Abg. **Saskia Buschmann** (CDU) begrüßt diese Ergänzung als Schritt in die richtige Richtung, der aber in Anbetracht der in der Petition beschriebenen Probleme für das Ehrenamt und für Vereine nicht ausreiche. Von daher bekräftige sie ihren Beschlussvorschlag „Ergänzung“. Zusätzlich sollte der Petent über die Sach- und Rechtslage unterrichtet werden.

Sie erinnert an die Beratungen im Innenausschuss zum Entwurf eines Helfergleichstellungsgesetzes (Drucksache 19/3367) und weist auf ein Positionspapier - es sei am 19. August 2025 eingegangen - hin, in dem sich Vertreter ehrenamtlicher Organisationen im Bereich des Katastrophenschutzes beschwerten, dass ihre Helfer nicht den Angehörigen der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks gleichgestellt seien, gerade wenn der Einsatz nicht im Rahmen eines Katastrophenfalls erfolge.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) schließt sich dieser Argumentation an und plädiert für eine weitere Stärkung des Ehrenamts. Sie erinnert an die von der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ in der 18. Wahlperiode erarbeiteten Ansätze.

Wichtig sei auch, die Rahmenbedingungen für die Vereinsarbeit durch Erleichterungen zu verbessern. Viele Einzelregelungen - beispielsweise von GEMA-Bedingungen bis hin zu Hygieneregulungen für einen Kuchenverkauf - führten dazu, dass das Gefühl aufkomme, womöglich „mit einem Bein im Knast“ zu stehen.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) verweist auf die schriftliche Stellungnahme des MI, der zu entnehmen sei, dass die Helfergleichstellung mittlerweile weitgehend erreicht sei, dies aber noch nicht hinreichend bekannt sei. Insofern seien verstärkte Informationen angezeigt. Das von ihren beiden Vorrednerinnen gezeichnete schwarze Bild könne sie nicht nachvollziehen, zumal der GEMA-Problematik mittlerweile abgeholfen worden sei. Für Hygieneanforderungen gälten trotz gewisser Erleichterungen aber Mindestanforderungen.

Der GEMA-Problematik sei nur insoweit abgeholfen worden, entgegnet Abg. **Veronika Bode** (CDU), als ein Antrag auf Befreiung gestellt werden könne, für den wiederum relativ enge Vorgaben gälten. In der Praxis stelle dieses Verfahren keine Erleichterung für das Ehrenamt dar.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE) verweist hingegen auf positive Rückmeldungen zu diesem Verfahren aus der Vereinswelt und bezeichnet die Tonalität der Äußerungen der CDU-Fraktion als verstörend; es sollte nichts schlechtgeredet werden, so Lühmann. Nun sei angezeigt, die neuen Regelungen zum Beispiel für ein Jahr zu erproben und dann zu evaluieren.

Nachdem der **Ausschuss** die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Beschlussempfehlung „Erwägung mit Sach- und Rechtslage“ mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD abgelehnt hat, empfiehlt er dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen sind die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

### **Eingabe 01034/89/19**

*Betr. Gesetz zum Schutz der Umwelt und Natur gegen Lichtemissionen*

Berichterstatter Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) führt aus, in einer Vorbesprechung habe er sich mit Berichterstatter Abg. Bauer darauf verständigt, von der ursprünglich vorgesehenen Beschlussempfehlung „keine Möglichkeit sowie Sach- und Rechtslage“ zugunsten von „Material sowie Sach- und Rechtslage“ abzugehen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

### **Eingabe 01041/89/19**

*Betr. Schließung von Katasteramtsstandorten - Sicherstellung bürgernaher Verwaltungsdienstleistungen*

Abg. **Annette Schütze** (SPD) erklärt, Berichterstatterin Abg. Retzlaff schließe sich dem mit der Einladung zur Sitzung übermittelten Beschlussvorschlag von Berichterstatter Abg. Bauer an, die Petentin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) berichtet, über diese Eingabe sei in ihrer Fraktion nochmals diskutiert worden. Klar sei, dass die sich mit der Digitalisierung eröffnenden Möglichkeiten zur Verschlan-  
kung von Strukturen auch im Bereich des Katasterwesens genutzt werden müssten. Die Praxis zeige aber, dass einzelne Standortentscheidungen der jüngeren Vergangenheit nicht so zielführend seien, wie es der Fall sein könnte, um optimal zur Stärkung des ländlichen Raums beizutragen. Um auf eine nochmalige Prüfung von Einzelfällen hinzuwirken, habe Berichterstatter Bauer seinen Beschlussvorschlag zu „Material“ abgeändert.

Nachdem der **Ausschuss** die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Beschlussempfehlung „Material“ mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD abgelehnt hat, empfiehlt er dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

*Zustimmung:* SPD, GRÜNE

*Ablehnung:* CDU, AfD

*Enthaltung:* -

#### **Eingabe 01042/89/19**

*Betr. Ermöglichung von Online-Wahlen im Nds. Personalvertretungsgesetz (NPersVG)*

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

#### **Eingabe 01091/89/19**

*Betr. Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen*

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

#### **Eingabe 01131/89/19**

*Betr. Erhalt der Möglichkeit zur Spezialisierung zur/m Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger\*in*

Abg. **Nicolas Mühlbrecht Breer** (GRÜNE) schlägt in Abstimmung mit Berichterstatterin Abg. Beckmann die Beschlussempfehlung „Erwägung“ - insoweit bestehe Einvernehmen mit Berichterstatterin Abg. Buschmann -, ergänzt um die Unterrichtung der Petentin über die Sach- und Rechtslage, vor. Er unterstreicht, eine entsprechende Bundesratsinitiative erscheine zielführend.

Berichterstatterin Abg. **Saskia Buschmann** (CDU) betont, die Generalistik in der Pflegeausbildung dürfe nicht verteufelt werden. Gleichwohl sollte im Sinne dieser Petition die Kinderkrankenpflege hervorgehoben werden, was auch von der Ärzteschaft in der Pädiatrie unterstützt werde. Sie schließt sich dem Beschlussvorschlag ihres Vorredners an.

Auch Abg. **Annette Schütze** (SPD) unterstützt diesen Beschlussvorschlag. Mit Blick auf die ministerielle Stellungnahme betont sie, dass die Einsatzzeiten während einer dreijährigen Ausbildung deutlich mehr als die ministeriumsseitig genannten 60 bis 120 Stunden umfassen könne. Wichtig sei, dass die Länder in dieser Sache über keine Gesetzgebungskompetenz verfügten. Der Bund habe eine Evaluation dieses Rechtsbereichs angekündigt, wozu auch eine Überprüfung der Vorschriften über Spezialabschlüsse gehöre.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung zur Erwägung überwiesen. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: -*

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 2:

## **Jährlicher Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses nach § 54 Absatz 4 GO LT für das Jahr 2024**

*Der Ausschuss hatte sich zuletzt im öffentlichen Teil seiner 35. Sitzung am 11.06.2025 mit dem jährlichen Tätigkeitsbericht befasst.*

### **Fortsetzung der Beratung**

RR **Weigel** (LTVerw) erinnert an den Beschluss im öffentlichen Teil der 35. Sitzung zum Aufbau des Tätigkeitsberichts, wozu auch zähle, einzelne Petitionen als Beispiele aufzunehmen. Entsprechende Vorschläge hätten die Fraktionen mittlerweile unterbreitet. Auf dieser Grundlage habe die Landtagsverwaltung einen Berichtsentwurf erarbeitet. Hierzu hätten die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen seit dem 31. Juli 2025 Änderungsvorschläge an die Landtagsverwaltung senden können; am 19. August sei der Berichtsentwurf dann allen Ausschussmitgliedern übermittelt worden. Drei der Änderungsvorschläge beträfen den Inhalt und seien für eine synopsenartige Darstellung geeignet, die dem Ausschuss am 22. August zugeschickt worden sei (**Anlage**); weitere Änderungsvorschläge beträfen keine inhaltlichen Aspekte und hätten direkt übernommen werden können. Nach Abschluss der Beratung über diese Synopse bestehe aus der Sicht der Landtagsverwaltung die Möglichkeit, die Berichtsberatung abzuschließen.

Zu dem von der CDU-Fraktion eingereichten zweiten Änderungsvorschlag regt der Vertreter der Landtagsverwaltung an, auf Seite 3 das Wort „Mitzeichnungsfrist“ durch „Möglichkeit der Mitzeichnung“ zu ersetzen; denn die Dauer der Mitzeichnungsfrist sei durch § 51 Abs. 2 Satz 3 GO LT auf sechs Wochen festgelegt. Die vorgeschlagene Formulierung ziele darauf ab, dass die Möglichkeit der Mitzeichnung um die Zeit verlängert worden sei, für die sie aufgrund technischer Störungen unterbrochen gewesen sei.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) und Abg. **Annette Schütze** (SPD) begrüßen diesen Vorschlag.

Der **Ausschuss** billigt den Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Abgeordneten Bode (CDU) und Buschmann (CDU) sowie der AfD-Fraktion einstimmig. Er billigt die Änderungsvorschläge der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung von Abg. Putzier (SPD) und der AfD-Fraktion einstimmig.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) kritisiert anschließend, dass die CDU-Fraktion manchmal bereits vor einer öffentlichen Anhörung zu einer Petition eine Beschlussempfehlung formuliere. Diese Abfolge widerspreche in systematischer Hinsicht dem Charakter der öffentlichen Anhörung, in der eine Petentin oder ein Petent ein Anliegen vertieft darstelle und dieses - auch mit Unterstützung durch die Landesregierung - zusätzlich beraten werden könne.

Abschließend erläutert RR **Weigel** (LTVerw), es sei vorgesehen, den Tätigkeitsbericht nicht nur als Landtagsdrucksache herauszugeben, die im Plenum behandelt werden könne, sondern auch eine Broschüre zu erstellen, die zusätzlich ein Geleitwort der Präsidentin und ein Vorwort des Vorsitzenden enthalte sowie durch zusätzliche Elemente für die Öffentlichkeit ansprechender

als der reine Drucksachentext gestaltet werde. Alle Mitglieder des Landtages würden ein gedrucktes Exemplar erhalten. Den Mitgliedern des Petitionsausschusses würden jeweils sieben Exemplare zur Verfügung gestellt werden. Die weiteren Druckexemplare könnten beim Eingabenbüro der Landtagsverwaltung abgerufen werden.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) schlägt vor, die Broschüren nicht nur parlamentsintern und über die Ausschussmitglieder zu verteilen, sondern auch in der Portikushalle des Landtags auszulegen. - RR **Weigel** (LTVVerw) sagt zu, geeignete Formate zur Auslage und Verteilung des Berichts in Zusammenarbeit mit dem Referat der Landtagsverwaltung für Öffentlichkeitsarbeit abzustimmen.

## **Beschluss**

Der **Ausschuss** nimmt den Entwurf des Tätigkeitsberichts in der Fassung des Entwurfs der Landtagsverwaltung zuzüglich der Änderungen gemäß Synopse und der mündlich vorgetragenen Änderung an.

Nach kurzer weiterer Aussprache bittet der Ausschuss den Ältestenrat, die Drucksache mit dem Tätigkeitsbericht mit Gelegenheit zur Aussprache auf die Tagesordnung des September-Plenums 2025 zu nehmen.

Abschließend stimmt der Ausschuss dem vorgeschlagenen und besprochenen Verfahren zur Veröffentlichung des Tätigkeitsberichts in Broschürenform zu.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 3:

### **Besprechung von Verfahrensfragen**

**Eingabe 01162/89/19**

*Betr. Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen*

### **Verfahrensfragen**

Der **Ausschuss** bespricht Verfahrensfragen zu der Eingabe, die das Quorum für eine öffentliche Anhörung erreicht hat. Er beschließt, die Anhörung zu dieser Eingabe am 1. Oktober 2025 ab 12 Uhr durchzuführen. Ferner beschließt er, den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung die Teilnahme an der Anhörung anheimzustellen und ihnen ein Rede- und Fragerecht gemäß § 94 Abs. 2 GO LT einzuräumen.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 4:

**Parlamentarische Informationsreise vom 22. bis 26. September 2025 nach Schottland**

Der **Ausschuss** bespricht letzte Details zu seiner parlamentarischen Informationsreise und nimmt Informationen zum aktuellen Planungsstand entgegen.

\*\*\*

## Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2024

hier: mitgeteilte Änderungsvorschläge der Fraktionen zur ersten Entwurfsfassung des Berichts



Nr.	Fraktion	Bezug	Seite/n	Ursprungsfassung	Änderungsvorschlag	Begründung/ Erläuterung
1	SPD	5.2 Öffentliche Anhörungen im Jahr 2024	29 - 37	Bei der textlichen Darstellung des parlamentarischen Verlaufs von Eingaben in den Gliederungspunkten 5.2 und 6. soll bei Benennung von eingebrachten Änderungsanträgen von einer oder von mehreren Oppositionsfraktionen darauf hingewiesen werden, dass SPD und Bündnis 90/ Die Grünen die mehrheitstragenden Fraktionen im Landtag stellen. Dies betrifft insgesamt sieben Textstellen.		
		6. (6.1 bis 6.6) Beispiele aus der Ausschussarbeit	38 - 47			
<u>beispielhaft:</u>						
		5.2.1 Brücke statt Fährbetrieb – Anpassung des Landesraumordnungsprogramms	31	Die jeweils von den Fraktionen der CDU und der AfD eingebrachte Änderungsanträge, die Petition der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen – der Bitte an die Landesregierung, dem Wunsch der Petentin zu entsprechen – fanden keine Mehrheit im Landtag	Die jeweils von den Fraktionen der CDU und der AfD eingebrachte Änderungsanträge, die Petition der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen – der Bitte an die Landesregierung, dem Wunsch der Petentin zu entsprechen – fanden keine Mehrheit im Landtag, in dem die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Mehrheit der Sitze stellen.	

Nr.	Fraktion	Bezug	Seite/n	Ursprungsfassung	Änderungsvorschlag	Begründung/ Erläuterung
		6.3	42	Die Fraktion der CDU brachte in die Plenardebatte den Änderungsantrag ein, die Petition der Landesregierung zur Erwägung zu überweisen – der Landesregierung also zu empfehlen, in eine nochmalige Prüfung einzutreten und ggf. bisher nicht berücksichtigte Gesichtspunkte in die eigenen Überlegungen mit einzubeziehen. Der Antrag fand im Landtag keine Zustimmung.	Die Fraktion der CDU brachte in die Plenardebatte den Änderungsantrag ein, die Petition der Landesregierung zur Erwägung zu überweisen – der Landesregierung also zu empfehlen, in eine nochmalige Prüfung einzutreten und ggf. bisher nicht berücksichtigte Gesichtspunkte in die eigenen Überlegungen mit einzubeziehen. Der Antrag fand im Landtag, <i>in dem die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen die Mehrheit der Sitze innehaben</i> , keine Zustimmung.	
2.	CDU	4.4 Öffentliche Petitionen (Statistik)	27	29 Petitionen (81 Prozent) der in 2024 eingereichten Petitionen wurden auf der Internetseite des Landtages für sechs Wochen zur Mitzeichnung veröffentlicht. Sechs Petitionen waren nicht zur Veröffentlichung geeignet, weil kein öffentliches Interesse für das eingereichte Anliegen festgestellt werden konnte. Bei einer Petition wurde auf Wunsch	29 Petitionen (81 Prozent) der in 2024 eingereichten Petitionen wurden auf der Internetseite des Landtages für sechs Wochen zur Mitzeichnung veröffentlicht. Sechs Petitionen waren nicht zur Veröffentlichung geeignet, weil kein öffentliches Interesse für das eingereichte Anliegen festgestellt werden konnte. Bei einer	Textliche Dokumentation der technischen Probleme bei der Mitzeichnung bei drei Petitionen im Herbst 2024

Nr.	Fraktion	Bezug	Seite/n	Ursprungsfassung	Änderungsvorschlag	Begründung/ Erläuterung
				des Petenten von einer Veröffentlichung der Petition abgesehen.	<p>Petition wurde auf Wunsch des Petenten von einer Veröffentlichung der Petition abgesehen.</p> <p>Während der Veröffentlichung dreier Petitionen sind technische Störungen bekannt geworden. Die Plattform der bereitgestellten Software war zu unterschiedlichen Zeiten zur Mitzeichnung nicht erreichbar.</p> <p>Aufgrund dieser technischen Probleme im Zusammenhang mit der Mitzeichnung kam der Ausschuss überein, die Mitzeichnungsfrist der drei Petitionen um den technisch bedingt nicht zur Verfügung stehenden Zeitraum von drei Tagen zu verlängern.</p>	
3.	CDU	5.2.4 Rettung einer Kurzzeitpflegeeinrichtung für Kinder und Jugendliche mit schweren Behinderungen –	36	Eine engagierte Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin wollte das nicht akzeptieren und reichte im Oktober 2024 eine Petition beim Niedersächsischen Landtag ein. In ihrer öffentlichen Eingabe wies sie auf die	Eine engagierte Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin wollte das nicht akzeptieren und reichte im Oktober 2024 eine Petition beim Niedersächsischen Landtag ein. In ihrer öffentlichen Eingabe wies sie auf die	Textliche Ergänzung der frühzeitigen Abgabe des Votums der CDU-Fraktion zur Petition

Nr.	Fraktion	Bezug	Seite/n	Ursprungsfassung	Änderungsvorschlag	Begründung/ Erläuterung
		egidius-Haus AUF DER BULT		Bedeutung der Kurzzeitpflegeeinrichtung für viele Kinder und Jugendliche sowie deren Familien und Angehörige hin und machte zugleich auf die auslaufende finanzielle Unterstützung aufmerksam, deren Fortsetzung sie forderte. Die Petition erreicht während der sechswöchigen Veröffentlichung auf der Internetseite des Landtages 5.412 elektronische Mitzeichnungen.	<p>Bedeutung der Kurzzeitpflegeeinrichtung für viele Kinder und Jugendliche sowie deren Familien und Angehörige hin und machte zugleich auf die auslaufende finanzielle Unterstützung aufmerksam, deren Fortsetzung sie forderte. Die Petition erreicht während der sechswöchigen Veröffentlichung auf der Internetseite des Landtages 5.412 elektronische Mitzeichnungen.</p> <p>Im November 2024 gab die CDU-Fraktion das Votum ab, die Eingabe der Landesregierung zur Erwägung zu überweisen.</p>	